



Stellungnahme zur Jahresrechnung 2020 für die SP und Grüne Fraktionen im Gemeinderat Dübendorf

A. Csillaghy, 5. Juli 2021

Gerne nehme ich für die Fraktionen SP und Grüne Stellung zur Jahresrechnung.

Der Aufwandüberschuss ist etwas grösser als vorgesehen, jedoch hält sich die Differenz in überschaubaren Grenzen, wir liegen ja im sub-prozentigen Bereich. Also da mache ich mir keine grosse Sorgen. Es ist interessant zu merken, dass das Jahr des Lockdowns uns in keine finanzielle Talfahrt geführt hat. Man muss jedoch mit einer Trägheit rechnen, und die Folgen werden sich unausweichlich in den nächsten Jahren zeigen. Eine Auswertung auf der kantonalen Webseite zh.ch zeigt, dass man nach Covid mit globalen Änderungen in der Funktionsweise der Gesellschaft rechnen muss, unter anderem bei der Sozialhilfe, bei der Wirtschaft, der Mobilität, dem Immobilienmarkt. Diese Änderungen werden sicher finanzielle Folgen haben – übrigens langfristig nicht unbedingt negative. Wie auch immer, es wäre angebracht, im Rahmen des nächsten Budgets da speziell Sorge zu tragen.

Drei Bemerkungen möchten wir noch einbringen:

1. Offenbar machen einige juristische Personen weniger Gewinn als vorher. Das ist nicht so erstaunlich. Ist das nur COVID bedingt oder ist es ein Trend? Wir wissen, dass gewisse Grossunternehmen Dübendorf in der Vergangenheit verlassen haben. Auch in Betrachtung müssen wir ziehen, dass ab diesem Jahr die Unternehmenssteuer gesenkt wird und dass dies einen erneuten Rückgang der Einnahmen bewirken wird.
2. Im Bereich Investitionen ist der Realisierungssatz mit 67 Prozent grösser als im Vorjahr (52 Prozent), und das ist eine sehr gute Nachricht. Jedoch muss man sich bewusst sein, dass der vorherige Satz sehr tief war. Wir erwarten, dass die Investitionen in Zukunft zu 100% realisiert werden, sodass die Stadt ihre notwendige Entwicklung nicht verschläft.
3. Auch im Jahr 2020 wurde das Budget im Bereich Dienstleistungen und Honorare weit überschritten. Auch diesmal betreffen viele Überschreitungen den Bereich Soziales. Die vor Jahren eingeführte Sparstrategie durch Auslagerung von Dienstleistungen hat definitiv nicht funktioniert. Wir wissen zum Glück, dass diesbezüglich bereits massgebliche Veränderungen eingeleitet worden sind. Unabhängig davon bleibt zu wünschen, dass sich die Lage schon 2021, spätestens 2022 normalisiert, sodass die Kosten wieder planbar werden.

Übrigens ist zu vermerken, dass für keine der Elemente, die uns heute herausfordern, eine Schuldenbremse notwendig ist.

Fazit: Selbstverständlich werden wir dem Antrag der GRPK folgen. Die Rechnung 2020 lässt uns viel Hoffnung: wenn wir mehr Investitionen realisieren, wenn wir die Dienstleistungen Dritter wieder in den Griff bekommen. Wenn wir mit den COVID-Folgen klarkommen und

schlussendlich, wenn wir endlich einen Steuerfuss bekommen, der uns die Mittel gibt, unsere Ziele zu erreichen, werden wir alle Elemente für eine dauerhaft gesunde Finanzlage haben.